

Consultingfirmen, die von Milliardenaufträgen der öffentlichen Hand profitieren.

Im Vereinigten Königreich vergab der Staat allein 2018 im Gesundheitsbereich Aufträge in Höhe von 9,2 Milliarden Pfund an den privaten Sektor.⁷ Über 84 Prozent aller Betten im Pflegebereich stehen in privaten Heimen, 50 000 davon wiederum in solchen, die von Privatkapitalgesellschaften geführt werden, die letztlich nicht an der Fürsorge, sondern am Profit interessiert sind. Begleitet wurde dieses Outsourcing von Kürzungen bei den Investitionen der öffentlichen Hand. Der Gesamtwert der öffentlichen Mittel im britischen Gesundheitswesen – die den Behörden vor Ort die Leistung wichtiger gesundheits- und Vorsorgemaßnahmen ermöglichen – ist effektiv gesunken, von 4 Milliarden Pfund 2015/16 auf 3,2 Milliarden Pfund für den Zeitraum 2020/21;⁸ das ist ein Rückgang von nahezu 900 Millionen Pfund. Erst 2020, als im Vereinigten Königreich COVID-19 zu wüten begann, machte man den jährlichen Kürzungen öffentlicher Mittel im Gesundheitssektor ein Ende – was nichts daran ändert, dass sie pro Kopf gerechnet effektiv immer noch um 22 Prozent niedriger lagen als 2015/16.⁹ Zu diesem Zeitpunkt jedoch hatten die Kürzungen die Möglichkeiten der lokalen Gesundheitsversorgung erheblich in Mitleidenschaft gezogen und damit die Effektivität der Reaktion auf COVID-19 vor Ort kompromittiert.¹⁰

Aber das Mantra von der größeren Effizienz ist genau das und nichts weiter: ein Mantra. Als man im Vereinigten Königreich den internationalen Wirtschaftsdienstleister Deloitte mit dem Management der COVID-19-Tests beauftragte, gingen der Firma die Ergebnisse verloren. Das erinnerte fatal an das eklatante Versagen von G4S, einem anderen Privatunternehmen, das von der öffentlichen Hand damit beauftragt wurde, die Sicherheit der Olympischen Spiele 2012 in London zu gewährleisten. Damals musste das Militär einspringen, um die Sicherheit zu garantieren. Ähnlich belegte man SERCO, eine private Firma, der es regelmäßig gelingt,

Outsourcing-Aufträge an Land zu ziehen, mit einem Bußgeld, weil sie den Staat mit zu hohen Rechnungen für elektronische Fußfesseln für Strafgefangene betrog.¹¹ Und dennoch bekam das Unternehmen wieder einen Auftrag im Bereich Test und Infektionsverfolgung über 45,8 Millionen Pfund – gerade mal ein Jahr nach einem Bußgeldbescheid von über 1 Million Pfund wegen diverser Verstöße in eben diesem Bereich, etwa gegen die Datenschutzregeln (man hatte versehentlich die E-Mail-Adressen neu angeworbener Kontaktverfolger veröffentlicht).

Die US-amerikanische Bundesverwaltung erteilte ein ähnliches Schicksal. So erarbeitete Washington 2007 einen Plan zur Entwicklung kostengünstiger tragbarer Beatmungsgeräte für den Einsatz in Notfallsituationen. Anfang 2020, ganze dreizehn Jahre später, stand die Lieferung dieser Geräte noch immer aus, hauptsächlich, weil man ganz auf Outsourcing gesetzt hatte. Die COVID-19-Krise hat die Konsequenzen dieses Abbaus staatlicher Kompetenzen auf dramatische Weise ins Licht gerückt. Genaugenommen verzeichnete bereits die Regierung Obama 2010 peinliche Rückschläge durch IT-Probleme beim Roll-out ihrer gemeinhin als »Obamacare«¹² bezeichneten Krankenversicherungsreform. Viele hatten erst einmal entweder keinen Zugang zur Website Health-Care.gov oder waren aus anderen Gründen nicht in der Lage, ihre Anträge auszufüllen. Die Folge war eine Welle negativer Publicity für Obamacare, die ihre Gegner sofort weidlich ausnutzten. Hätten die Bundesbehörden selbst über mehr technische Kompetenz verfügt, hätte man in dieser Richtung mit einiger Wahrscheinlichkeit weniger Schwierigkeiten gehabt und wäre nicht derart unter Beschuss geraten. So braucht es auch nicht weiter zu überraschen, dass sowohl 2013 als auch 2018 ausgerechnet SERCO – all den peinlichen Problemen im Vereinigten Königreich zum Trotz – den Zuschlag für Aufträge bei der Antragsabwicklung für Obamacare bekam. Die Kosten dafür beliefen sich auf 1,2 Milliarden US-Dollar 2013 und weitere 900 Millionen US-Dollar 2018.¹³

Outsourcing an sich ist nicht das Problem, solange der Staat seine Fähigkeiten beibehält, seinen Weitblick, seine Bereitschaft, auf etwaige Risiken reagieren zu können, solange sich, mit anderen Worten, solche »Partnerschaften« mit dem privaten Sektor tatsächlich am Interesse der Öffentlichkeit orientieren. Die Ironie bei alledem ist, dass der Umfang des Outsourcings der Fähigkeit des Staats zur Strukturierung von Verträgen geschadet hat. Im März 2020 waren, fast wie in einem Echo der amerikanischen Probleme, auch die britischen Behörden nicht in der Lage, die ihren Schätzungen zufolge benötigte Zahl von Beatmungsgeräten bereitzustellen.¹⁴

Eine wesentliche Lektion aus alledem ist die, dass in Krisensituationen der staatliche Eingriff nur dann wirksam ist, wenn der Staat über die entsprechende Handlungsfähigkeit verfügt. Anstatt als Retter bei Marktversagen einzuspringen und sich ansonsten auf das Outsourcing zu konzentrieren, sollte der Staat in die Entwicklung seiner Muskelmasse investieren, seiner Fähigkeiten in entscheidenden Bereichen wie etwa der produktiven Kapazität (dem maximalen Output einer Wirtschaft), in die Entwicklung seiner Kompetenzen im Bereich Beschaffung, einer tatsächlich im öffentlichen Interesse liegenden öffentlich-privaten Zusammenarbeit sowie den sachverständigen Umgang mit Daten (Schutz der Privatsphäre und Sicherheit). Versäumt er dies, wird er auch nicht in der Lage sein, Zielvorgaben für die hinzugezogenen Unternehmen zu erarbeiten – Vorgaben, die es diesen ermöglichen, sich problemlos auf die jeweilige Agenda einzustellen.¹⁵

Dieses Buch fußt auf der Prämisse, dass wir vom Weg abgekommen sind und auf keinen Fall weiterhin dieselben Fehler machen dürfen. Die Welt sieht sich heute vor einer Fülle von Aufgaben – im Gesundheitssektor, durch den Klimawandel bis hin zu denen im Umgang mit digitalen Technologien zum Schutz der Privatsphäre. So haben 2015 gleich 193 Länder eine Absichtserklärung unterzeichnet, bis 2030 siebzehn ehrgeizige Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) anzugehen – das Spektrum der Probleme reicht

von der Armut bis zur Verschmutzung der Weltmeere. Um diesen Problemen zu begegnen, bedarf es eines Ansatzes zum Aufbau öffentlich-privater Partnerschaften, der sich vom bisherigen grundlegend unterscheidet. Dazu wiederum bedarf es eines fundamentalen Umdenkens hinsichtlich der Rolle des Staates und der Art von Kompetenzen und Fähigkeiten, die er in seiner neuen Rolle braucht. Noch entscheidender jedoch hängt es von der Art von Kapitalismus ab, die wir wollen, wie wir die Beziehungen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor regeln und wie wir Regeln, Beziehungen und Investitionen so strukturieren, dass sie zum Wohle des ganzen Planeten ausfallen und dabei obendrein die Grenzen respektieren, die er uns setzt. Es geht hier, so die Prämisse des Buches, um die Entwicklung einer lösungsorientierten Wirtschaft, die sich auf die anspruchsvollsten unserer Ziele konzentriert – Ziele, die für den Planeten und seine Menschen auch tatsächlich zählen. Es geht hier nicht darum, das ehrgeizige Konzept des Mondflugs beziehungsweise Moonshot als ein im einen oder anderen Silo betriebenes Steckenpferd zu beschwören. Es geht vielmehr darum, den Staat von innen her zu verändern und seine Systeme – seien es die für Gesundheit, Bildung oder Umwelt – zu stärken, während man gleichzeitig der Wirtschaft eine neue Ausrichtung gibt.

Um wieder auf den rechten Weg zu kommen, müssen wir uns einmal mehr fragen, welche Rolle der Staat in der Wirtschaft spielen sollte und welche Instrumente, Strukturen und Fähigkeiten er dazu bedarf, und das nicht nur innerhalb der öffentlichen Organisationen, sondern auch hinsichtlich einer symbiotischen Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen, auf dass diese – Risiken wie Früchte teilend – auf die Lösung der wichtigsten Probleme unserer Zeit hinarbeiten. In diesem Sinne geht es letztlich um ein Überdenken des Kapitalismus selbst.

Die Herausforderungen sind dringlich. Von ihrer Bewältigung hängen Menschenleben ab – und die Gesundheit unseres Planeten, der Erde.

